

Bern, 29. Januar 1987

Rüstungsreferendum: Nutzlos und gefährlich!

von Nationalrat Adolf Ogi, Fraubrunnen/BE

Am 19. Mai 1983 wurde die Volksinitiative für die Einführung eines Rüstungsreferendums mit 111'126 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt, dass alle Wehrkredite der Volksabstimmung zu unterbreiten sind, wenn 50'000 Stimmbürger oder acht Kantone gegen entsprechende Kreditbeschlüsse der Bundesversammlung das Referendum ergreifen.

1980 hatte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegen den Willen der Parteileitung beschlossen, die Rüstungsinitiative zu lancieren, und dieses Vorhaben endete vorerst in einer blamablen Pleite bei der Unterschriftensammlung, indem das Initiativkomitee bis zum Ablauf der Sammelfrist im Mai 1983 ganze 82'000 Unterschriften zusammenkratzen konnte. Nur durch eine gleichzeitige Aktion, eine "Zwangsernährung von ganz links", wie damals geschrieben wurde, konnte das Quorum erreicht werden. Während die SPS seinerzeit zur Begründung des Vorhabens vermehrte Mitbestimmung in Rüstungsfragen nannte, verfolgten die weiter links angesiedelten Helfer, ohne die das Quorum nicht erreicht worden wäre, eindeutig antimilitaristische Ziele.

Mit Recht fragte Jürg Schoch damals im Tages-Anzeiger: "Ob es nicht klüger für die SP wäre, wenn sie diese Partie aufgäbe? Wenn sie freimütig eingestände, dass sie mit ihrem "Hauptmotiv" in der Unterschriftensammlung nicht durchkam? Wenn sie sich konsequent von jenen Gruppierungen trennte, deren Motive sie ja nicht teilt?"

Diese Einsicht brachte die SP leider nicht auf, so dass wir nun zur Volksabstimmung aufgerufen werden!